

## Plenarsitzung am 30. März 2011

### Aktuelle Stunde:

Die Lehren aus den Landtagswahlen ziehen: Laufzeitverlängerung zurücknehmen, Atomausstieg beschleunigen, sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten (Antrag SPD und GRÜNE)

**Reiner Priggen** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fukushima stellt eine Zäsur in der Bewertung der Stromerzeugung aus Atomenergie dar. Daran kommt niemand mehr vorbei. Wir haben vor einer Woche eine Diskussion darüber geführt. Nun sind wir eine Woche weiter. Wenn man sich die verzweifelten Versuche ansieht, die jeden Tag in Japan unternommen werden, die Katastrophe in den Griff zu bekommen, wenn man sich vorstellt, wie sich das in den Kraftwerken dort weiterentwickelt, dann weiß man: Das ist eine Zäsur, an der niemand vorbeikommt.

Es wurde immer behauptet, das Restrisiko sei minimal, eins zu einer Million Betriebsjahre. Ich habe vor 25 Jahren Tschernobyl und jetzt diese Katastrophe mitbekommen. Wenn das das minimale Restrisiko ist, das einmal in einer Million Betriebsjahre eintreten soll, dann erleben wir, dass genau das Gegenteil der Fall ist.

Und dies erleben wir in der High-Tech-Nation Japan und nicht irgendwo, wo man entschuldigend sagen könnte, die können das nicht richtig. Wir wissen, für die Bundesrepublik Deutschland, für uns folgt daraus: Wir müssen zu einer Neubewertung der Risiken kommen, und wir müssen – das ist aus meiner Sicht unvermeidlich – zu einem beschleunigten Ausstieg kommen.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode intensiv über dieses Thema diskutiert. Wir haben – das weiß ich noch genau – den Landesentwicklungsplan IV gleich zu Beginn unserer Regierungstätigkeit zurückgenommen. Im LEP IV stand: Die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Standort für einen neuen Forschungsreaktor sollen geschaffen werden. – Das macht niemand, der aussteigen will. Das wollte Herr Dr. Pinkwart. Ein neuer Forschungsreaktor in Nordrhein-Westfalen sollte planungsrechtlich abgesichert werden. Die FDP hat als einzige in den Diskussionen neue Reaktoren nicht ausgeschlossen. Die CDU hat von

Brückentechnologie, vom Ausstieg geredet, aber die FDP hat neue Reaktoren nicht ausgeschlossen. Die Lage ist nach Fukushima anders. Und sie ist noch einmal anders nach der Schnellabschaltung, die die Wählerinnen und Wähler bei Herrn Brüderle in Rheinland-Pfalz vorgenommen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Der Kollege Lindner fordert jetzt offensiv, die acht stillgelegten Reaktoren dauerhaft abzuschalten. Die Untertöne lauten aber: Das soll auf freiwilligem Wege in Vereinbarungen mit den Energieversorgern geschehen, und die anderen Reaktoren sollen dafür bis 2030 weiterlaufen, aber die Laufrestzeiten sollen nicht angerechnet werden. – Ich sage Ihnen: So geht das handwerklich nicht. Das ist ein ganz hartes Geschäft, wo rechtlich einwandfrei abgeklärt und abgesichert werden muss, wie der Prozess vorzunehmen ist.

Ich glaube auch, dass das Moratorium rechtlich so nicht haltbar ist. Wenn Sie wirklich in die Substanz hineingehen und dazu kommen wollen, die Risiken neu zu bewerten – und das müssen wir alle –, dann brauchen Sie eine ganz klare gesetzliche Grundlage. Ich bin gespannt auf den Beitrag des Kollegen Hovenjürgen. Ich erwarte von Ihnen – das habe ich bereits in der letzten Woche gesagt –, dass Sie ein klares und eindeutiges Angebot an die anderen Fraktionen machen. Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat ja in der vergangenen Legislaturperiode eine andere Position vertreten. Aber aufgrund der Neubewertung müssen Sie zu einer anderen Position kommen. Machen Sie ein klares Angebot. Sagen Sie, dass Sie für die Risikobewertung rechtlich einwandfreie Grundlagen schaffen, um die acht stillgelegten Anlagen auf Dauer abzuschalten und beim Rest bis 2020 zum Ausstieg zu kommen. Machen Sie das Angebot! Dann kann man in den Dialog einsteigen.

Ich sage Ihnen, warum wir ein solches klares Signal brauchen. Wir alle haben die Rückmeldung vom Verband der kommunalen Unternehmen bekommen, dass wegen Ihrer Laufzeitverlängerung 7 Milliarden € kommunale Investitionen auf Eis gelegt wurden,

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

weil die Stadtwerke und andere Unternehmen nicht mehr wussten, wie die Parameter aussehen, unter denen sie in Kraft-Wärme-Kopplung, in Effizienztechnik und Ähnliches investieren sollen, wobei für sie zum Teil die Kraftwerke, die sie gebaut hatten, infrage standen, weil auf einmal durch die Laufzeitverlängerung Milliarden von

Kilowattstunden zusätzlich im Markt waren. Jetzt sind natürlich alle irritiert, und niemand in der Energiewirtschaft weiß, wie es weitergeht. Deswegen muss man zu klaren Parametern kommen, die das, was wir hier wirklich brauchen, in Gang setzen.

Wir brauchen klare Signale und verlässliche Parameter für den Ausbau der Erneuerbaren. Hierzu hat die Bundeskanzlerin Worte gesagt. Wir haben aber hier permanent Diskussionen – ich bin gespannt auf den Wortbeitrag von Herrn Brockes gleich – über Windenergiemonster und Ähnliches. Wir wissen auch: Wir können die Erneuerbaren nicht aufs Meer und in die Sahara abschieben, hier so tun, als ob uns das nichts angehe, und uns einen schlanken Fuß machen. Wir brauchen die Parameter hier.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Darüber hinaus brauchen wir ganz klare Parameter für das vergessene Stiefkind der Stromerzeugung, nämlich die Kraft-Wärme-Kopplung. Alle sagen, sie möchten sie, die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme. Aber es ist nicht im Interesse der großen Vier. Deswegen passiert an der Stelle nichts, außer warmen Begrüßungsworten. Wir haben es jetzt im Arbeitsprogramm ganz klar drin. Wir haben die Unterstützung für die Kooperation der Stadtwerke und der Steag gegeben. Wir sind genau in diesen Prozessen, weil wir wissen: Die Kraft-Wärme-Kopplung ist gerade im Ruhrgebiet, aber auch in allen anderen Ballungsräumen, in den Zentren, die ideale Verknüpfung schneller, flexibler Kraftwerke mit der Wärmeauskopplung als Ersatz für fossile Brennstoffe in der Wärmeerzeugung.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Des Weiteren brauchen wir klare Parameter für Energieeinsparung und Energieeffizienz. Das ist eigentlich das Nötigste, wo die größten Potenziale liegen. Dort müssen wir aber auch klare Anreize setzen. Es nützt uns nichts, ein Heer von Wanderpredigern in Gang zu setzen, die in Beratungseinrichtungen allen immer erzählen, wie Energie gespart werden kann, wenn wir nicht klare Vorgaben und Parameter erarbeiten, die diese Potenziale ausnutzen. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir haben in der letzten Legislaturperiode viele Diskussionen geführt. Wir haben uns im Koalitionsvertrag zugunsten des Klimaschutzes auf ein Reduktionsziel von 25 %

verständlich. Ich weiß, dass das ein ambitioniertes Ziel ist. Sie hatten immer 33 % vorgesehen. Wir haben immer kritisiert, dass dies nicht durch Maßnahmen gedeckt war.

Ich lade Sie ein und bitte Sie auch darum, in den weiteren Diskussionen ganz klar zu sagen, wie Ihre energiepolitischen Vorstellungen in Nordrhein-Westfalen konkret aussehen. Sind Sie bereit, Schritte zu machen? Wir haben uns als Landesregierung, als Fraktionen, die das unterstützen, viel vorgenommen. Wir sind auf einem guten Weg. Aber Sie müssen zu einer Neupositionierung kommen und diese Wege ein Stück weit mitgehen. Dann haben wir ein spannendes Feld für Nordrhein-Westfalen vor uns. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Priggen.